



Offener Brief

Vietnams Zivilgesellschaft steht unter Druck – ihre Handlungsfähigkeit und Sicherheit ist Voraussetzung für jegliche Verhandlungen

Sehr geehrte Frau Bundesministerin Baerbock,
sehr geehrter Herr Bundesminister Dr. Habeck,
sehr geehrte Frau Bundesministerin Lemke,
sehr geehrte Frau Bundesministerin Schulze,

die Freiheit der Zivilgesellschaft in Vietnam ist bedroht. Mit Verabschiedung des Cybersicherheitsgesetzes von 2018, der Covid-Pandemie und dem Wechsel der Parteiführung im Januar 2021 hat sich die Lage weiter zugespitzt.

Im letzten Jahr hat die vietnamesische Regierung die Kontrollen der Zivilgesellschaft in allen Sektoren verschärft. Seit Juni 2021 wurden in Vietnam vier Vorsitzende von gemeinnützigen Umweltorganisationen verhaftet, die zuvor eng mit der Regierung und der Kommunistischen Partei zusammengearbeitet haben – darunter Dang Dinh Bach vom Law and Policy of Sustainable Development Research Centre (LPSD) und Khanh Nguy Thi von GreenID. Alle vier wurden im Anschluss wegen Verstoßes gegen die Steuergesetzgebung zu langen Haftstrafen verurteilt. Das letzte Urteil – gegen Nguy Thi Khanh – erging am Freitag, dem 17. Juni. Die vier Betroffenen haben in den letzten zehn Jahren großes Engagement für eine positive Zukunft Vietnams gezeigt. Die unermüdliche Arbeit der drei Organisationen ist ein entscheidender Erfolgsfaktor der Energiewende Vietnams hin zu Erneuerbaren und des Netto-Null-Emissionsziels des Landes.

Die Inhaftierungen kommen zu einem Zeitpunkt, an dem Regierung und Zivilgesellschaft mehr denn je partnerschaftlich zusammenarbeiten müssten. Denn für die Erfüllung des ehrgeizigen Klimaziels des Landes und die soziale und umweltgerechte Umsetzung des EU-Vietnam-Freihandelsabkommens (EVFTA) braucht es solche Kooperation. Doch genau das Gegenteil scheint derzeit der Fall zu sein.

Die Verhaftungen sind nicht weniger als ein strategischer Angriff auf die Rechte und Freiheiten der Zivilgesellschaft in Vietnam, bei dem die Steuergesetzgebung als politischer Deckmantel genutzt wird. Es ist zu befürchten, dass sie den Beginn einer umfassenderen Entwicklung markieren, UmweltschützerInnen die Möglichkeit zu nehmen, ihre Arbeit fortzusetzen.

Deutschland kann eine wesentliche Rolle dabei spielen, sicherzustellen, dass Abkommen mit Vietnam, Investitionen und vergebene Fördermittel mit dem Schutz der Zivilgesellschaft einhergehen. Deutschland ist einer der wichtigsten Handelspartner Vietnams in der EU und Vietnam ist Deutschlands wichtigster Handelspartner innerhalb der ASEAN-Region. Über 370 deutsche Unternehmen sind derzeit in Vietnam vertreten. Deutschland hat mit Vietnam eine "strategische Partnerschaft" etabliert. Beide Regierungen sehen sich als Partner darin eine auf Regeln basierenden Ordnung aufrechtzuerhalten und Völkerrecht, Multilateralismus, sowie Umwelt- und Klimaschutz zu achten.

Die Bundesregierung muss ihren Einfluss im Dialog mit der vietnamesischen Regierung und bei allen laufenden Verhandlungen zu Handels-, Hilfs- oder Finanzabkommen nutzen:

- Stellen Sie sicher, dass alle internationalen Klima- und Energiewende-, Handels-, Hilfs- oder Investitionspakete, über die mit Vietnam verhandelt wird, berücksichtigen, dass Vietnam sich mit der Inhaftierung der Klima- und UmweltschützerInnen befasst und eine Reform der unklaren und ungerechten Steuergesetze, die die Arbeit der Zivilgesellschaft beeinträchtigen, auf den Weg gebracht und regelmäßig evaluiert wird.
- Die Bundesregierung muss gegenüber der vietnamesischen Regierung ihre Besorgnis über die Kriminalisierung von UmweltschützerInnen zum Ausdruck bringen, die sofortige Freilassung der vier UmweltschützerInnen fordern und die Fälle bis zu ihrer Freilassung weiter genau beobachten.
- Die vietnamesische Regierung muss zusichern, dass alle führenden VertreterInnen der Zivilgesellschaft – mit adäquatem rechtlichen Schutz der gemeinnützigen Organisationen – weiterhin eine konstruktive und aktive Rolle bei der Arbeit in den Bereichen Energie, Klima und Handel spielen können.
- Entsprechend der Verpflichtungen des Kapitels zu Handel und nachhaltiger Entwicklung des EVFTA und der Menschenrechtsklausel können Vertragsparteien, Maßnahmen ergreifen, wenn die Menschenrechtsdimension der nachhaltigen Entwicklung nicht eingehalten werden. Dazu gehört die Aufnahme eines verstärkten Dialogs und die Einrichtung eines speziellen Problemlösungsmechanismus. Dies muss sofort geschehen.
- Die Bundesregierung muss sicherstellen, dass sich die Lage der Zivilgesellschaft in Vietnam – ihre Handlungsfähigkeit und Sicherheit – kontinuierlich bessert. Andernfalls sollte eine vorübergehende Aussetzung von Teilen des EVFTA in Betracht gezogen werden. Zudem sollte dann auch die künftige Vergabe von Fördermitteln und Investitionen nach Vietnam ausgesetzt werden.

Wir danken Ihnen für Ihre Bemühungen und würden es sehr schätzen, wenn Sie uns die Gelegenheit zu weiteren Gesprächen geben würden.

Mit freundlichen Grüßen

Nelly Grotefendt

Referentin internationale Handelspolitik und
Weltwirtschaft
AG Handel im Forum Umwelt und Entwicklung

Heffa Schücking

Geschäftsführung
Urgewald e.V.

Tine Laufer

Geschäftsführerin
PowerShift e.V.

Dr. Monika Schlicher

Geschäftsführung
Stiftung Asienhaus

Dr. Philip Bedall

Programmleiter „Training & Capacity Building“
Grassroots Foundation